



Holsystem für sperrige Gartenabfälle darf nicht gestrichen werden

Die GRÜNE Fraktion im Wiesbadener Rathaus protestiert gegen den mit der neuen Kreislaufwirtschaftssatzung geplanten Service-Abbau beim Sperrmüll.

Die Satzung aus dem Haus des Abfalldezernenten Franz (CDU), die am 18.12.2014 im Umweltausschuss und direkt danach in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden soll, sieht vor, dass sperrige Gartenabfälle nicht mehr über die Sperrmüllabfuhr entsorgt werden.

„Das ist vor allem für Gartenbesitzerinnen und Gartenbesitzer ohne Auto eine massive Verschlechterung“, so Barbara Düe, umweltpolitische Sprecherin der GRÜNEN. „Was sollen denn die Leute mit ihrem Gehölzschnitt machen – ihn im Garten verbrennen?“

Die GRÜNEN werden daher im Umweltausschuss einen entsprechenden Änderungsantrag stellen. Außerdem, so Düe weiter, müsse in die Satzung aufgenommen werden, dass Sonderabfälle auch an Wertstoffhöfen abgegeben werden könnten.

Damit würden lange Fahrten zur Abfalldeponie im Dyckerhoffbruch mit ihren für Berufstätige ungünstigen Öffnungszeiten vermieden.

Darüber hinaus möchten die GRÜNEN im Umweltausschuss erreichen, dass in der ebenfalls zur Beschlussfassung anstehenden neuen Straßenreinigungssatzung der Umgang mit Streusalz konkreter geregelt wird.

„Derzeit“, so Düe, „enthält die Satzung zwar den Hinweis, dass die Verwendung von Streusalz unzulässig ist, aber sie lässt Ausnahmen zu, die wachsw weich formuliert sind.“

Wir fordern, dass nur auf Treppen, abschüssigen Gehwegen und Rampen bei besonderen Wetterlagen Salz gestreut werden darf.

Derzeit setzen vor allem Reinigungsfirmen völlig unnötig Streusalz in erheblicher Menge ein und schädigen damit sowohl die Straßenbäume als auch empfindliche Hundepfoten.“